



# ÖKOLOGISCHER ÄRZTEBUND

Deutsche Sektion der International Society of Doctors for the Environment (ISDE)

Bundesgeschäftsstelle, Frielinger Str. 31, 28215 Bremen, Tel.: 0421/498 42 51, Fax: 0421/498 42 52  
E-Mail: oekologischer.aerztebund@t-online.de • Internet: <http://www.oekologischer-aerztebund.de>

## Umwelt – Medizin – Gesellschaft 2015: Ein realsatirischer Jahresrückblick

Welche Rahmenbedingungen haben sich entwickelt oder verstärkt in unserem Lande, unter denen sich Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Gesundheitsschutz entwickeln können?

### 1. Der Staat zieht sich immer weiter aus der Verpflichtung zur Wahrung des Gemeinwohles zurück.

Sein Credo heißt, dass der freie Markt diese Angelegenheiten am besten regelt. Schließlich weiß die Industrie doch am Besten was für den Bürger gut ist!!!

Die manischen Anstrengungen, immer noch mehr Wirtschaftswachstum zu generieren, wird von der Politik und den Medien gefeiert und umjubelt. Das Aufbrauchen begrenzter Ressourcen ist unsoziales Verhalten gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Wirtschaftswachstum führt zur Plünderung unseres Planeten und zu mehr Verschmutzung unserer Lebensgrundlagen Luft, Wasser und Nahrungsmittel; die daraus resultierenden Gesundheitsschäden werden verdrängt.

Von der Presse begleitet, lässt sich die Kanzlerin vor den abschmelzenden Gletschern in Grönland fotografieren und fährt zum Staatsbesuch nach Bangladesch, das nach wissenschaftlichen Berechnungen im Jahr 2035 im Meer versunken sein wird. Es ist so groß wie Bayern und hat heute 180 Millionen Einwohner, 2035 werden es geschätzte 230 Millionen Flüchtlinge dort sein, die sich auf die Reise bevorzugt zu uns begeben werden. Wir schaffen derzeit kaum 1 Million Flüchtlinge zu organisieren!

Werbewirksame Auftritte auf G7- und G9-Gipfeln erweisen sich regelmäßig als folgenlose Schauveranstaltungen. Gleichzeitig blockiert die Bundesregierung Maßnahmen der EU-Kommission zur Verminderung der Verkehrsemissionen aus Rücksicht auf die Automobilindustrie, zuletzt im Oktober 2015 und das direkt nach dem VW-Skandal.

Die Umwelt ist unter den derzeitigen politischen und ökonomischen Bedingungen schlecht aufgehoben.

### 2. Es etabliert sich dauerhaft und ohne jegliche Skrupel die Rückkehr zum Krieg als normales Mittel unserer Politik.

Die Grünen haben im völkerrechtswidrigen Balkankrieg diesen Traditionsbruch etabliert und jeder der mittlerweile in mehr als 15 Ländern geführten deutschen Kriegseinsätze fand im Grundsatz ihre Zustimmung. Dabei ist bekanntermaßen nicht die Teilnahme am Krieg, sondern die Vermeidung von Krieg die Voraussetzung für Frieden. Die derzeitige Flüchtlingswelle mit den gravierenden Langzeitfolgen für alle Beteiligten ist ja Folge der westlichen Zerstörungswut in den islamischen Staaten unter direkter oder indirekter Beteiligung verschiedener Bundesregierungen.

Frau von der Leyen in Begleitung von Bundeswehrinstruktoren besucht derzeit das Kurdengebiet und bespricht gerade die Lieferung besonders zerstörerischer tödlicher deutscher Waffen. Die Kurden erklären unverhohlen die Absicht, nach dem IS-Kampf diese modernen Waffen für ein unabhängiges Kurdistan zu verwenden. Der Krieg mit den Kurdenstaaten Iran, Irak, Syrien und Türkei ist vorprogrammiert, genauso wie die Flucht der Nicht-Kurden. Frau von der Leyen bereitet soeben die nächste Flüchtlingswelle vor. Dabei passiert durch sie doch soviel Humanes wie Stillräume für Soldatinnen und vielleicht bald der Heimarbeitsplatz für Soldaten, denn der Drohneneinsatz geht auch vom Joystick zu Hause. Kanzlerkandidat und Wirtschaftsminister Gabriel erklärt seine Seelenqual, Waffenausfuhren genehmigen zu müssen (Exportsteuer um 30 % gegenüber dem Vorjahr), um die Steuerzahler nicht durch staatliche Ausfallsbeihilfen zu belasten. Der Abbau von 90.000 Arbeitsplätzen in der Solar- und Windenergiebranche durch Drosselung der Energiewende ist subventionsfrei, nicht hingegen jedoch die Kohleförderung und deren "schmutzige" Kraftwerke in NRW.

Umweltschutz als Achtung vor dem Leben und der Gesundheit, der Erhalt von Natur und der Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen kommt in Kriegszeiten unter die Räder.

Außerdem muss ja irgendeine Gegenfinanzierung für steigende Rüstungskosten, Kriegsführung, Kriegsfolgen (Flüchtlinge) und Wirtschaftsförderung her.

Als Umweltengagierte müssen wir uns deshalb gegen die immer mehr gesellschaftsfähig werdende Kriegstreiberei wenden.

### 3. Auch in diesem Jahr ist die Erosion von Grundrechten vorangeschritten.

Nicht mehr nur der Verdacht auf eine Straftat wird abgeklärt, nein 81 Millionen Bundesbürger sind potentielle Kriminelle deren E-Mails, SMS, Kaufverhalten, Telefonate, Bewegungsprofile, Freundeskreis und Aktivitäten registriert werden. Bei Sicherheitsüberprüfung für offizielle Stellenbewerbungen werden Facebook und sonstige Quellen über einen Stellenbewerber abgerufen. Schüler vor dem Einstieg ins Berufsleben trauen sich oft nicht, Spaßmitteilungen oder Bilder mit Bierglas zu posten. Die allgegenwärtige Überwachung führt bereits zu eingeschüchterten Verhaltensweisen.

Whistleblower begehen ja zwangsläufig Rechtsbrüche, also können deren gespeicherte Daten sofort legal aktiviert werden. Journalisten, die deren Erkenntnisse veröffentlichen oder recherchieren wollen, können dann ebenfalls sofort erfasst und als Mittäter juristisch verfolgt werden. Das Ende des investigativen Journalismus ist eingeläutet.

Die OECD hat die Bundesregierung schon vor längerem aufgefordert - wie in den meisten europäischen Ländern existent - ein Whistleblower-Schutzgesetz zu erlassen, vergeblich. Der gläserne Mensch auf der einen Seite wird kompensiert durch eine ausufernde Geheimhaltungsflut auf der anderen. Selbst Bundestagsabgeordneten erhalten ebenso wie der Rest der Bevölkerung z.B. keinen Einblick in die TTIP-Pläne, obwohl nach dem Willen der Kanzlerin dieser Vertrag vor Weihnachten besiegelt werden soll. TTIP stärkt die Konzerne gegenüber dem Staat und verschlechtert radikal unsere Sozial- und Umweltstandards. Die bisherige europäische Medikamenten-Patentzeit würde verlängert, die Möglichkeit der Krankenkassen über Rabattverträge Medikamentenkosten einzusparen viele weg. Zweistellige Milliardenbeträge entstünden ohne dass der Kranke hiervon etwas hätte, im Gegenteil, zum Ausgleich müssten massive Leistungskürzungen erfolgen.

Wen es wundert, dass er in allen Zeitungen dasselbe liest und kritische Artikel, den Abdruck seiner kritischen Leserbriefe sowie eine umweltfreundliche Berichterstattung vermisst, und wer an die Medien als IV. unabhängige Säule im Staate glaubt, kennt nicht den Ist-Zustand dieser Medien. Fast alle Zeitungen (98 % der Kaufzeitungen und über 50 % der abonnierten Zeitungen) gehören 4 (vier!!) Familien bzw. Konzernen. Der Rückgang der Print-Verkaufszahlen (Internet) führte zu neuen Geschäftsfeldern, so dass die Zeitungen nur noch Anhängsel von Wirtschaftsunternehmen sind und mehr oder minder deren Werbe- und Verkaufsplattform. Die Reiseseiten nehmen zu, alles ist clean und schön. Schließlich gehört Holidaycheck zu Burda, Opodo-Reisen zum Spiegel. Beliebt sind Partnersuchportale, weil dort aus Gründen des besseren Zusammenpassens Persönlichkeitsprofile abgefragt werden, aus denen man Kaufprofile erstellen kann, damit beim Einschalten des PC unaufgefordert die richtigen Kaufangebote eingeblendet werden. So gehört Parship zum Wochenmagazin Die ZEIT mit 50(!) weiteren Tochterunternehmen. Wollen sie im ZEIT-Konzern bleiben, können sie gleich ihre Schuhe bei Zalando bestellen oder sich beim Umzug Rat oder Material holen bei My Hammer.

Wer auch visuell die Dreieinigkeit von Politik, Wirtschaft und Medien erleben möchte, abonniere die Wochenillustrierte „Die BUNTE“ aus dem Hause BURDA. Dort kann er das ganze Jahr über

verfolgen, welche „Größen“ aus Wirtschaft, Politik und Medien miteinander Sekt trinkend schunkeln und mitraten, ob Gattin X, die heute ein Armanikleid trägt, möglicherweise auf der nächsten Party im Versace kommt.

Wer heute noch die Medien für eine unabhängige Informationsquelle und ein Kontrollorgan der Politik hält, glaubt bestimmt auch an den Weihnachtsmann. Von privaten Fernsehsendern erwartet man nichts Besseres. In den Öffentlichen sitzen die Parteien und Kirchen. Verwaltungsräte im ZDF sind z.B. K. Beck (Vorsitzender), sowie H. Seehofer etc. Die dortige Informations- und Meinungsmache wäre ein eigenes Kapitel, was diesen Rahmen sprengt. Die dortige Informationspolitik ist aber keinen Deut besser als bei den Privaten.

### Was tun?

Erstarrt wie ein Meerschweinchen vor der Schlange verharren? Auf Politik, Medien oder auf Unterstützung durch eine Partei warten? Ist alles keine Lösung.

Aus unseren Erfolgen sollten wir lernen. Wer hätte vor Jahren geglaubt, dass wir den Atomausstieg erzwingen können, dass ökologische Landwirtschaft boomt, auch wenn Die ZEIT über 2 ganze Seiten weismachen will, dass Bionahrung nicht besser ist als konventionell erzeugte.

Trotz Millionen Werbeaufwand verkauft sich Gen-Nahrung mengenmäßig nicht gewinnbringend. Das geplante TTIP-Freihandelsabkommen steht auf der Kippe. Laut der letzten Emnid-Umfrage hat sich binnen 6 Wochen die Bevölkerungsmeinung gedreht. Die bisherige Zustimmung ist in eine mehrheitliche Ablehnung umgeschlagen.

Die Umweltverbände haben in Berlin eine Demonstration mit fast einer Viertelmillion Teilnehmern organisiert. Unsere Vermittlung kritischen Wissens im Internet war der sonst allgegenwärtigen Propaganda überlegen.

Printmedien nehmen ab, Bücher erreichen nur eine kleine Bevölkerungsschicht, die Internetnutzung ist hingegen ein Massenmedium, das es zu nutzen gilt. Wir müssen dort Infoforen schaffen, Blogger beschäftigen und alles vernetzen, insbesondere auch die Umweltverbände. Professionelle Hilfe ist hierzu erforderlich, um möglichst viele Menschen zu erreichen, zu informieren und im Bedarfsfall wie in Berlin zu einem Massenaufmarsch zu aktivieren. Gemeinsame Verbändeabsprachen sind eine Notwendigkeit.

Wenn wir dies professionell umsetzen, wird 2016 ein erfolgreiches Jahr.

*Dr. med. Wolfgang Stück  
Mitglied des erweiterten Vorstands*